



ALINE FIEDLER
MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES

CDU-Fraktion
Kulturpolitische Sprecherin

zum Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

**Kampf für Freiheit und Demokratie würdigen – Die Botschaft des 17. Juni 1953
bewahren**

Aktuelle Debatte

TOP 2 am 19. Juni 2013

Aline Fiedler (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Roman Herzog sagte 1996 bei einer Rede zur Enquete-Kommission der SED-Diktatur zum 17. Juni 1953: „Damit haben die Deutschen aus der DDR ein stolzes Stück Freiheitstradition in unseren gemeinsamen Staat eingebracht, für das wir nun alle sehr dankbar sein können.“ Ich finde, diese Dankbarkeit sollte meine Generation mitnehmen. Darüber hinaus geht es um das Erinnern, was der 17. Juni uns für heute mitgibt. Es geht um den Mut der Menschen, der heute schon sehr eindrucksvoll beschrieben worden ist. Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich, aber es gehören auch die Rahmenbedingungen dazu, die zum 17. Juni führten.

Die DDR hatte zuvor eine Zwangskollektivierung durch-geführt. Allein in den ersten Monaten des Jahres 1953 sind 6 500 Bauernhöfe verstaatlicht worden. Es ging darum, die Mittelschicht zu beseitigen. Es gab einen Anstieg der Flüchtlingsbewegung. Bis 1961 haben 2,7 Millionen DDR-Bürger das Land verlassen. Es gab eine Verschärfung der Situation. Die Zahl der Gefangenen nahm zu. 1953 hatte die DDR eine höhere Gefangenen-zahl als die gesamte Bundesrepublik, die zur damaligen Zeit schon drei Mal so viel Einwohner wie die DDR hatte. Das gehört zum historischen Kontext. Aber wir müssen auch darüber sprechen, mit welchen Methoden der Machterhalt der DDR stattgefunden hat. Das Misstrauen innerhalb der Bevölkerung wurde erhöht. Es kam zu einer Verschärfung der

Sicherheitsmaßnahmen. Das Leben teilte sich am Ende in einen privaten und einen öffentlichen Bereich.

Wir haben am Montag nicht nur tausend Postkarten verteilt, sondern auch selbst Veranstaltungen durchgeführt, unter anderem mit einem Zeitzeugen. Dieser hat sehr eindrucksvoll erzählt, dass er heute sehr wohl über den 17. Juni spricht und seinen Enkeln darüber sehr viel erzählen kann. Zu DDR-Zeiten war er seinen Kindern gegenüber eher vorsichtig. Heute haben wir die Chance, den 17. Juni ganz anders in die Öffentlichkeit zu tragen.

Es geht um die Würdigung der Opfer, die couragierten Menschen, die damals auf die Straße gegangen sind, und die vielen Biografien junger Menschen, die damals zerstört worden sind. Es geht um eine Aufarbeitung des 17. Juni. Die Forschung muss fortgesetzt werden. Es gibt teilweise neue Quellen. Die russischen Archive sind noch nicht so lange zugänglich. Es geht aber auch darum, sich klar gegen eine Instrumentalisierung –wie Sie beim Vorgängerbeitrag erlebt haben –zu wenden und jedem Missbrauch entgegenzustehen. Es ist egal, wie viele Leute von Ihnen am Postplatz standen, die Anzahl der Demokraten war immer deutlich höher als die Anzahl Ihrer Anhängerschaft.

Wir werden aber auch deutlich machen, was Demokratie heute bedeutet, dass man mitwirken kann, dass man eine Bürgerbeteiligung und Wahlmöglichkeiten hat und dass es Rechtsstaatlichkeit gibt. Für uns ergibt sich heute die Verpflichtung daraus, die Ereignisse angemessen zu würdigen, den Respekt vor der historischen Leistung immer wieder deutlich zu machen, aber diesen auch an die nächste Generation weiterzugeben. Zeitzeugen, die glücklicherweise noch da sind, müssen viel stärker genutzt werden, um das Geschichtsbild zum 17. Juni 1953 in den Schulen noch stärker zu vermitteln.

Warum reden wir heute darüber? Freiheit, Menschenwürde, Demokratie sind ganz aktuelle Themen, die immer wieder verteidigt werden müssen. In diesen Kontext gehören auch die früheren Ereignisse von Ungarn, Prag und Polen. Es geht uns darum, diese Dinge immer wieder zu würdigen und zu verteidigen. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Vielen Dank.